

PRESSEERKLÄRUNG

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm/Westfalen, Tel. 02381-492220, www.abl-ev.de

An die Redaktionen

Heute endet die Einwendungsfrist zum geplanten Freisetzungsvorhaben von gentechnisch verändertem Weizen in Gatersleben

Das Grundnahrungsmittel Weizen muss gentechnikfrei bleiben

Über 100 Verarbeitungsbetriebe, Züchter und Verbände setzen sich zur Wehr!

Berlin, Magdeburg, den 20. September 06. „Wir wollen keine gentechnischen Verunreinigungen in dem wichtigsten Grundnahrungsmittel Weizen, weil dies die Land- und Lebensmittelwirtschaft existenziell bedroht. Angesichts des aktuellen Skandals um den gentechnisch veränderten (GV) Reis ist die Freisetzung von GV-Weizen in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer der weltweit größten Genbanken in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) eine Kampfansage an die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft - ein unkalkulierbares Risiko und eine bewusste Verunreinigungsstrategie“, so Georg Janßen Bundesgeschäftsführer der der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) zur geplanten mehrjährigen Freisetzung von GV-Weizen des Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben.

Heute läuft die Einwendungsfrist des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) in Berlin gegen den geplanten Freisetzungsvorhaben ab. Das Umweltinstitut München und die AbL haben eine gemeinsame Einwendung ausgearbeitet, die über 100 Bäcker, Mühlen, Zulieferbetriebe, Züchter sowie Landwirtschafts- und Umweltverbände zeichneten. Sie setzen sich damit in einem breiten Bündnis zur Wehr und fordern diesen für die Land- und Lebensmittelwirtschaft bedrohlichen Freisetzungsvorhaben mit GV-Weizen zu stoppen. „Gestern GV-Mais, heute GV-Reis und morgen GV-Weizen. Die Bundesregierung muss dem unverantwortlichen Anbau und Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen endlich einen Riegel vorsetzen. Wir pochen auf unser Recht gentechnikfrei zu erzeugen und zu verarbeiten“, so Annemarie Volling, AbL-Koordinatorin der Gentechnikfreien Regionen in Deutschland.

„Weizen ist Inbegriff und Symbol für Ernährung und das Leben. Brot ist eine unentbehrliche Grundlage menschlicher Existenz. Wenn solch ein symbolträchtiges Grundnahrungsmittel mit einer von der Mehrheit der Gesellschaft abgelehnten Risikotechnologie verunreinigt wird, wird dies einen enormen Imageschaden für die deutsche Landwirtschaft und den gesamten verarbeitenden Bereich nach sich ziehen. Dies könnte vielen Betrieben ihre Existenz kosten. Dass die Gentechnik-Industrie ihre Produkte nicht im Griff hat, zeigt gerade der US-Reis-Skandal auf, bei dem der *LL Rice 601* von Bayer – bekanntermaßen auch „nur“ ein Freisetzungsvorhaben - in zahlreichen Lebensmittelreislieferungen gefunden wurde und hektische Rückrufaktionen zur Folge hat. Selbst in den USA ist der Versuch GV-Weizen einzuführen aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Perspektive bei der Vermarktung 2004 fallen gelassen worden. Warenstromtrennung entlang der Futter- und Lebensmittelkette ist technisch - wenn überhaupt - nur unter hohem finanziellen Aufwand möglich und wirtschaftlich für die Unternehmen nicht tragbar“, erklärte Janßen.

„Bei einer Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen in Gatersleben ist eine der weltweit umfangreichsten Genbanken für Kulturpflanzen in ihrer gesellschaftlichen Aufgabe – der Erhaltung alter Genressourcen - gefährdet. Die Freisetzung des GV-Weizens soll in weniger als 500 Meter Entfernung zu den Erhaltungs-Flächen der Gaterslebener Genbank stattfinden. Dort lagern Tausende alter Weizensorten und -arten, die zu ihrer Erhaltung, Vermehrung und Langzeitverwahrung regelmäßig im Freiland angebaut werden müssen. Eine Kontamination der Bestände durch gentechnisch veränderten Weizen hätte verheerende Auswirkungen sowohl für die Erhaltungsarbeit als auch für zukünftige Züchtungsarbeit. Durch gentechnische Verunreinigungen von Gen-Ressourcen wird letztendlich die Sicherung der Nahrungsmittelqualität und auch der –souveränität gefährdet. Dies ist ein hochriskanter Freisetzungsvorhaben, den die Bundesregierung unter keinen Umständen zulassen darf“, forderte Volling.

V.i.S.d.P.: Georg Janßen, Annemarie Volling, AbL, Tel. 04131/400720 und Tel. 04131/407747

AbL Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

Weitere Ansprechpartner in dem breiten Bündnis:

Umweltinstitut München, Andreas Bauer, Tel: 089/30 77 49-14, mail: ab@umweltinstitut.org

Deutscher Bauernbund, Kurt-Henning Klammroth, Tel: 03946/708906, mail: bauernbund@t-online.de

Bioland Bundesverband, Gerald Wehde, Tel: 06131/23979-20, mobil 0176/60030011, mail: gerald.wehde@bioland.de

NABU LSA, Annette Leipelt, Tel: 0391/5619350, mail: mail@NABU-LSA.de,

BUND SA, Oliver Wendenkamp, Tel: 0391/5433361, mail: oliver.wendenkamp@bund.net,

Greenpeace, Henning Strodthoff, Tel: 0171/8780822, mail: Henning.Strodthoff@greenpeace.de

Anlage: Einwendung zum geplanten Freisetzungsvorhaben mit GV-Weizen in Gatersleben